

Dissertation „Kontaktzonen des Nationalen. Auswärtige Kulturpolitik als Konfliktprävention. Eine Ethnografie.“

Laudatio von Dr. Martina Fischer, Berghof Foundation Berlin, anlässlich der Verleihung des Preises an Jens Christian Adam

Jens Christian Adam geht in seiner Dissertationsschrift der Frage nach, wie sich die Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland in anderen kulturellen Kontexten auf internationaler Ebene übersetzt. Die Auswärtige Kulturpolitik prägt ja zum einen ganz maßgeblich das Bild, das Menschen in anderen Ländern von Deutschland gewinnen. Sie soll Kultur aus Deutschland international repräsentieren und in anderen Kulturen vermitteln. Darüber hinaus aber soll sie auch etwas Positives in der Welt bewirken. Seit 1998 (mit dem Regierungswechsel zu Rot-Grün) und in den 2000er-Jahren haben sich die Bundesregierungen verpflichtet, einen stärkeren Beitrag zur internationalen Krisenprävention und Friedensförderung zu leisten. Auch an die Auswärtige Kulturpolitik wurde seither zunehmend der Anspruch gestellt, ihren Beitrag dafür zu leisten. Lassen Sie mich daher, bevor ich die Forschungsleistung der Arbeit würdige, zunächst den Kontext erläutern, in den sich diese einbettet.

1. Der politische Kontext

Die rot-grüne Bundesregierung hatte erstmals 1998 auf die Bedeutung von internationaler Bildungs-, Kultur- und Medienpolitik für Krisenprävention, Konflikttransformation und Friedenskonsolidierung hingewiesen.¹ Die von Außenminister Joschka Fischer vorgelegte „Konzeption 2000 für die Auswärtige Kulturpolitik“² nahm Bezug auf die Zunahme von religiös und kulturell begründeten Konflikten, denen durch besseres Wissen der Kulturen voneinander entgegengewirkt werden müsse. Das Papier schlug vor, „globale Lerngemeinschaften“ in Form von Dialogforen und Netzwerken zu unterstützen und wies gleichzeitig auf die Bedeutung der Auswärtigen Medienpolitik hin.

Der Bereich der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wurde mit einbezogen in ein Vorhaben, das 1998 im Koalitionsvertrag zwischen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen etabliert wurde: die Verpflichtung zum Aufbau einer Infrastruktur für Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung. Zeitlich ging dies einher auch auf globaler Ebene mit einem starken Bemühen der Vereinten Nationen um eine „Kultur des Friedens“ (UNESCO).

In der Folge erhielten das Auswärtige Amt (AA) und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zusätzliche finanzielle Mittel, um Maßnahmen der Krisenprävention und Friedenskonsolidierung effektiver gestalten zu können. Es wurden außerdem weitere Initiativen zu einer stärkeren Kooperation mit der Zivilgesellschaft ergriffen. Dank einer Zusammenarbeit von friedenspolitisch motivierten Bundestagsabgeordneten, zivilgesellschaftlichen Akteuren und Experten/Expertinnen im Auswärtigen Amt wurde sogar ein „Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ erarbeitet und 2004 vom Bundeskabinett verabschiedet. Er zeigte ein Kaleidoskop von Maßnahmen auf in den Bereichen (1) Menschenrechte, Demokratie und gute Regierungsführung; (2) Unterstüt-

¹ Vgl. Gesamtkonzept der Bundesregierung, Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung, S. 2, http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/friedenspolitik/ziv_km/konfliktpraev_html (abgerufen am 16.12.2008).

² Vgl. http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/aa/akbp_konzeption2000.pdf

zung des Aufbaus rechtsstaatlicher Strukturen und von Versöhnungsprozessen; (3) Sicherheitssektorreform und Abrüstung; (4) Armutsbekämpfung und Förderung sozialer Gerechtigkeit; (5) Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutz; (6) verantwortliches Handeln von Wirtschaftsunternehmen in Konflikten; (7) Geschlechtergerechtigkeit; (8) Kultur, Bildung und Medien.

In mehreren Abschnitten wurde dezidiert die gesellschaftliche und kulturelle Dimension der Krisenprävention und Friedenskonsolidierung gewürdigt.³ Zahlreiche Empfehlungen benennen Maßnahmen zur Stärkung von zivilgesellschaftlichen Potenzialen, unabhängigen Medien, Bildung, Kulturaustausch und Dialog.⁴ Auch in den Umsetzungsberichten zum Aktionsplan wurde immer wieder betont, dass die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik „mit der Vermittlung von Werten wie Freiheit, Toleranz, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und ihrer Ausrichtung auf den Abbau von Feindbildern und die Förderung des interkulturellen Dialogs zur Förderung friedlicher Konfliktlösung beitrage, ebenso wie die entwicklungspolitische Bildungszusammenarbeit.“⁵

Außerdem wurden praktische Ansätze in der Bildungs- und Kulturpolitik auf den Weg gebracht, sowohl Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Inland, die das Verständnis von Prozessen der Konflikttransformation erhöhen und eine bessere Vorbereitung für Friedensarbeit gewährleisten sollten, als auch kulturpolitische Initiativen in Krisen- und Nachkriegsregionen, z. B. im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa, Wiederaufbau, Kulturförderung und Bildungsarbeit in Afghanistan oder dem europäisch-islamischen Kulturdialog. Letztere setzten einen starken Fokus auf zivilgesellschaftliche Initiativen und den Aufbau unabhängiger Medien in Krisenregionen.

In der Auswärtigen Kulturpolitik hat sich im Laufe der Zeit eine sehr spezielle Infrastruktur mit zahlreichen Mittlerorganisationen entwickelt. Ein Hauptpartner ist das Goethe-Institut, das 160 Einrichtungen im In- und Ausland unterhält. Hier, bei der Untersuchung der Arbeit der Goethe-Institute und ihrer Arbeit auf dem Balkan und im Nahen Osten, setzt die Arbeit von Jens Adam an, die heute ausgezeichnet wird.

2. Würdigung der Forschungsleistung

In seiner Dissertation analysiert Jens Adam sehr anschaulich, wie sich übergeordnete politische Ziele in Praktiken, Programme und Projekte der Kulturinstitute übersetzen: „Über welche Wege ‚wandern‘ politische Absichten aus den Entscheidungszentren in die unterschiedlichen Einsatzgebiete Auswärtiger Kulturpolitik? Wie eng ist die Arbeitspraxis von Kulturmittlern an politische Konzepte gekoppelt? Und welche Effekte lassen sich durch die Einarbeitung deutscher kulturpolitischer Zielsetzungen in lokale Handlungsfelder (...) erzielen?“ Die Arbeit nimmt die Kontextualisierung von Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik im Aufbau einer Infrastruktur für Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung zum Ausgangspunkt. Der Autor spricht von der „Entstehung einer neuen diskursiven Formation zur Legitimierung Auswärtiger Kulturpolitik.“

Jens Adam geht *zum Ersten* der Frage nach, ob es sich bei der diskursiven Neuerung und Verschiebung um einen „grundlegenden Paradigmenwechsel“ handelt oder eher um die kurzfristige Konjunktur neuer Schlüsselbegriffe, die nach einer Hochphase wieder verschwinden oder in den Hintergrund treten bzw. das

³ Vgl. Bundesregierung Deutschland, Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung, Berlin 2004, Kapitel IV.2. (Abschnitte 1-3), S. 67ff.

⁴ Vgl. Bundesregierung Deutschland, Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung, a.a.O., Empfehlungen 98 bis 101, 104, 105, 107-110, S. 71ff.)

⁵ Auswärtiges Amt, Krisenprävention als gemeinsame Aufgabe. 2. Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ (Berichtszeitraum Mai 2006 bis April 2007), Berlin 2008, S. 73.

Politikfeld als „nachgeordnetes Element in einem weitgehend gleichbleibenden narrativen Rahmen“ weiter begleiten.

Die *zweite Forschungsfrage* richtet sich auf die „Beziehung zwischen Diskursen und Praxen (...) zwischen politisch formulierten Zielvorstellungen und dem Arbeitsalltag von Kulturmittlern in ihren Einsatzgebieten.“ Hier geht es also um die „imaginären Dimensionen“ des Politikfeldes, um das „politische Narrativ“, das sich zur Begründung von Auswärtiger Kulturpolitik entwickelt, und die Schlüsselmetaphern, diskursiven Figuren und politischen Rationalitäten, aus denen sich dieses zusammensetzt. Jens Adam untersucht diese Fragen am Beispiel der Arbeit der Goethe-Institute in Sarajevo und Ramallah, wo er von 2008 bis 2012 seine Feldforschung durchführte.

Die *dritte Forschungsfrage* gilt den „Repräsentationstechniken und Positionierungen“ von Deutschland als einem „europäischen Nationalstaat auf globalen Bühnen“. Es geht um die „Ausgestaltung und Mobilisierung eines ‚Narratives vom Nationalen‘ innerhalb einer Kulturpolitik, die auf weltweite Präsenzen und lokale Verflechtungen abzielt“. Der Autor fragt danach, „was mit dem „nationalen“ – verstanden als einem historisch gewachsenen, symbolischen – Raum oder einem „System kultureller Repräsentationen“ passiert, wenn es den territorialen Rahmen seiner Entstehung verlässt und globale Bühnen und translokale Felder betritt. Durch welche Praxen, Strategien, Bilder und Repräsentationsformen wird es aktiviert und reproduziert? Welche Effekte lassen sich durch eine solche Mobilisierung erzielen?

Jens Adam nähert sich seinem Untersuchungsgegenstand nicht nur kulturwissenschaftlich oder politikwissenschaftlich, sondern auch über die Anthropologie. Seiner ersten Fragestellung, den Aushandlungsprozessen und Denklogiken der Kulturpolitik, nähert er sich über eine „Anthropologie des Politischen“ und anhand von Konzepten, die nach den Funktionslogiken, Bedeutungskontexten und Aktivierungsformen des Nationalen in spätmodernen europäischen Gesellschaften fragen und die Transformation des Nationalen vor dem Hintergrund von Globalisierung in den Blick nehmen.⁶

Der zweiten Fragestellung (nach den Praxen und Herstellungszusammenhängen) geht er im Rückgriff auf ethnologische Konzepte nach.⁷ Mit einem heuristischen Ansatz erfasst er dann die Reflexionen der beteiligten Akteure, um den Praxiskonzepten und Praxiserfahrungen auf die Spur zu kommen. Die „translokalen Praxis- und Übersetzungsfelder“ werden anhand von ausführlichen Beschreibungen der jeweiligen Institute und ihres Umfeldes sowie konkreter Projekte herausgearbeitet. Besonders eindrücklich sind die Darstellung der Entstehungsgeschichte einer palästinensischen Soap, die der Lindenstraße nachempfunden ist, die Debatten um die Ausrichtung des Filmfestivals in Sarajevo und die Diskussionen um die Gestaltung eines Oktoberfestes in Ramallah.

Das empirische Hauptkapitel, in dem die Übersetzungspraxis in den lokalen Kontexten Sarajevo und Ramallah untersucht wird, ist sehr gründlich und sorgfältig ausgearbeitet und gleichzeitig außerordentlich illustrativ. Hier kann man anhand der Projektbeispiele und -verläufe gut nachvollziehen, wie wichtig eine Verankerung der Mitarbeitenden in den Instituten in den lokalen Umfeldern ist und dass sie über eine gute Kenntnis der kulturellen Zusammenhänge, in denen sie sich bewegen, verfügen müssen. Eine zentrale Herausforderung besteht für sie darin, sich von „nationalem Sendungsbewusstsein“ zu befreien und gleichzeitig aber

⁶ Theoretisch stützt er sich auf Überlegungen von Chris Shore, Susan Wright und Arjun Appadurai für die Untersuchung der kulturellen Repräsentationskonzepte und ihrer narrativen Struktur, die sich in Auflösung bzw. im Wandel befinden und den Akteuren in den sich globalisierenden Deutungs- und Bedeutungskontexten Sinn und Orientierung geben.

⁷ Vor allem bezieht er sich auf die europäisch-ethnologischen Arbeiten von Binder, Kaschuba, Niedermüller und Götz. Zudem macht die Arbeit Anleihen bei der Sozialanthropologin Penelope Harvey („Technologie des Nationalen“), bei Saskia Sassen (v. a. die These, dass sich Globalisierungsprozesse immer **im** Nationalen vollziehen und dieses also nicht verschwindet) und beim Kulturanthropologen Ulf Hannerz und seiner ethnografischen Studie zu „transnational contact zones“.

auch nicht eine rein „kosmopolitische“ Haltung an den Tag zu legen, die ihrerseits auch wieder unglaublich würdige oder überhebliche Züge annehmen kann.

Die empirische Untersuchung zeigt aber auch schließlich, dass viele der anspruchsvollen Desiderate, mit denen die kulturpolitischen Konzepte unterlegt sind (z. B. „Dialog“, „Reziprozität“, oder „Lerngemeinschaft“), und auch der Anspruch des selbstreflexiven Vorgehens dann doch in der Arbeit der Kulturinstitute vor Ort einfach nicht eingelöst wird und teilweise auch angesichts struktureller Gegebenheiten gar nicht eingelöst werden kann.

Die Kulturpolitik behält, so eine Aussage der Arbeit, am Ende doch im wesentlichen „Botschaftscharakter“, sie verläuft also mehr in die Richtung der einseitigen Vermittlung von A nach B, als dass sie reziprok funktioniert. Auch die Vermittlung der vielfältigen Ausformungen von Kultur, wie sie in Deutschland existieren, gelingt angesichts verbreiteter Stereotype deutscher National- und Hochkultur nur sehr bedingt und allenfalls punktuell.

Die Problemzonen, die Jens Adam herausarbeitet, ergeben sich zum einen aus den Mustern der gegenseitigen Wahrnehmung und Kompetenzzuschreibungen zwischen einheimischen und aus Deutschland kommenden Mitarbeitenden. Sie ergeben sich aber auch aus der Dynamik von Karrieremustern und hierarchischen Strukturen. Außerdem bestehen enorme Unterschiede im Hinblick auf die Ressourcen, auf die die Kulturmittlerorganisationen und ihre lokalen Partner jeweils zugreifen können. Eine weitere Schwäche Auswärtiger Kulturpolitik besteht darin, dass sie in einem europäischen Kontext generiert wird, der im globalen Zusammenhang zugleich als privilegierter Ort wie auch als unzugängliche Festung wahrgenommen und beschrieben wird. Allein dadurch kommt das Projekt der „Konfliktprävention durch Kulturpolitik“ zwangsläufig an seine Grenzen. Eine Reziprozität des Austausches ist also rein faktisch nicht möglich und eine Möglichkeit der Begegnung auf Augenhöhe eigentlich nicht wirklich gegeben.

Jens Adam kommt zu dem Schluss, dass die Arbeit der Mittlerorganisationen, die „ihre Gestalt und ihr Renommee unter dem ursprünglichen Leitmotiv der kulturellen Selbstdarstellung gewonnen haben, doch stark geprägt bleibt von den Zielen „Herstellung von Deutschlandbezügen“ und „Vermittlung eines zeitgenössischen Deutschlandbildes“ und er stellt die Frage, ob „die Formulierung neuer, explizit universal ausgerichteter Zielvorstellungen nicht sehr viel stärker durch ein umfassendes Nachdenken begleitet sein sollte, in welchem Umfang eine gewachsene, ursprünglich an nationalstaatlichen Interessen ausgerichtete kulturpolitische Infrastruktur zu deren Umsetzung geeignet ist.“

Eine zentrale Schlussfolgerung der Arbeit ist, dass sich die Goethe-Institute in instabileren Weltregionen inzwischen mit großer Energie und innovativen Formaten gesellschaftspolitischen Fragestellungen und somit auch Spannungsfeldern und „Konflikten“ zuwenden. Dennoch bleiben die Begegnungen in weiten Strecken asymmetrisch und werden dem Ideal eines „Dialogs auf Augenhöhe“ nicht gerecht. Viele Projekte seien weiterhin durch die „Herstellung von Deutschlandbezügen“ präkonfiguriert, anstatt etwa lokale Bedürfnisse tatsächlich als primären Ausgangspunkt zu nehmen. Eine weitere Problemzone, in der sich die Asymmetrien deutlich spiegeln, entsteht durch den Gegensatz zwischen den häufig prekären Arbeitsbedingungen und existenziellen Unsicherheiten lokaler Kulturschaffender in Krisenregionen und dem relativ abgesicherten Status entsandter deutscher Kulturmittler.

Hierfür gibt Jens Adam ein plastisches Beispiel, das ich aus der Arbeit (S. 279) zitiere:

Mehrfach fragte die Institutsleiterin die Kuratorin nach ihrer „Partnerleistung“ und rief hierdurch ein Moment seltener Vehemenz hervor, in dem ihre Gesprächspartnerin erwiderte, *„sie habe seit Februar keinen Lohn mehr erhalten; sie sei entsprechend als Direktorin ihrer Organisation eigentlich eine Freiwillige. Alles, was sie beitragen könne, seien ihre Kompetenzen und ihre professionelle Arbeit.“*

Im Unterschied etwa zu dieser Kuratorin verfügt das entsandte Leitungspersonal eines Goethe-Instituts über

Festanstellungen mit besonderen Auslandszuschlägen, die in Arbeitskontexten wie Sarajevo oder Ramallah nicht nur ein komfortables, sondern ein durchaus repräsentatives Leben ermöglichen.⁸

Diese Rahmenbedingungen seien grundsätzlich positiv zu bewerten, weil sie deutschen Arbeitnehmern globale Mobilität ermöglichen und absichern und der Institution eine langfristige Arbeit ermöglichen, so führt Jens Adam an. Gleichwohl ergeben sich aus diesem Umstand in der Zusammenarbeit mit Partnern in instabileren, ökonomisch schwächeren Regionen *Reibungen*: „... denn in solchen Kooperationen begegnen sich Organisationen und Personen, deren finanzieller Rückhalt, Arbeitsfähigkeit und Sicherheit sich grundsätzlich voneinander unterscheiden.“ Gerade wenn man davon ausgehe, dass die ungleiche Verteilung von Wohlstand, Ressourcen, Gewalt und Sicherheit maßgeblich zur Konflikträchtigkeit in der Welt beitrage, so Jens Adam, dann müsse man fragen, ob sich „eine Zielsetzung ‚Konfliktprävention‘ in der praktischen kulturellen Vermittlungsarbeit glaubhaft aufgreifen lässt, wenn man genau solche strukturellen Asymmetrien auch institutionell reproduziert oder kaum thematisiert. Müsste es vor diesem Hintergrund nicht sehr viel stärker darum gehen, die Entwicklung von Verfahren und Herangehensweisen, die eben diese Hierarchien, ihre Effekte und Möglichkeiten ihrer Bearbeitung in den Mittelpunkt stellen, voranzutreiben?“

Ein weiterer Reibungspunkt ergibt sich offenbar daraus, dass in der Programmarbeit weitgehend Formate dominieren, in denen bezahlte deutsche Gäste, Expertinnen oder Workshop-Leiter lokalen Teilnehmenden begegnen. Künstler, Kulturschaffende und Kulturgüter werden außerdem in weitaus größerem Umfang aus Deutschland in die Zielregionen transferiert denn umgekehrt. Dialog erscheine, so meint Jens Adam, vor diesem Hintergrund als eine Blackbox, deren Inhalt nicht wirklich untersucht und kritisch reflektiert werde. Dennoch kommt Jens Adam insgesamt zu einer positiven Bilanz der Arbeit der Mittlerorganisationen und der Auswärtigen Kulturpolitik. Er arbeitet heraus, dass das Feld zwar durch fundamentale Asymmetrien gekennzeichnet ist, aber dass durchaus auch Handlungsspielräume existieren, um Prozesse des Austausches in Gang zu setzen. Dafür aber gilt es, den Radius für das Handeln der Beteiligten zu erweitern, also ihnen stärker zu ermöglichen, die als sichere Orientierung erlebten Konzepte des „Nationalen“ und „Kulturellen“ zu verlassen.

Eine Schlussfolgerung lautet daher, „stärker auf die ‚Potenziale der Kosmopolitisierung‘ zu setzen und die Selbstverständlichkeit der Ordnung des Nationalen aufzubrechen, um die Erfahrungen der Menschen vor Ort einfach stärker zu nutzen. Der Paradigmenwechsel von einer Kulturpolitik, die sich primär an nationalstaatlichen Interessen orientiert, zu einer Kulturpolitik, die sich auf universale Zielhorizonte ausrichtet“, sei bisher „in der Infrastruktur und in der Verteilung von Ressourcen nicht vollzogen worden“, so das Fazit von Jens Adam. Er schließt sich postkolonialen Kritikerinnen und Kritikern in der Einschätzung an, dass die Formulierung „Dialog“ nur dann wirklich glaubhaft wird, wenn sie mit der Suche nach Positionen und Mechanismen zur Herstellung von Gleichwertigkeit in einer hierarchischen Welt verbunden wird.

Eine abschließende Empfehlung lautet: „Eine umfassende Diskussion über Veränderungen in den infrastrukturellen Arrangements und den Vergabelogiken der materiellen Ressourcen, die einer solchen Zielvorstellung dienen würden, könnte der nächste Schritt für eine Kulturpolitik sein, die sich der ‚Arbeit an der Weltvernunft‘ verschreibt.“

3. „Arbeit an der Weltvernunft“ und Schaffung „globaler Lerngemeinschaften“

Auch die gegenwärtige Bundesregierung würdigte die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik als wichtigen und unverzichtbaren Bestandteil von Außenpolitik. Der Begriff der „Weltvernunft“, den Jens Adam hier verwendet, beschäftigte schon die antike Philosophie. Die Vorstellung, dass eine die Weltgeschichte steu-

⁸Anm. MF: Die Kontinuität und Verlässlichkeit der Förderung des Goethe-Instituts durch öffentliche Gelder wurde in der Arbeit ebenfalls herausgearbeitet.

erde, in ihr waltende, aber übergeordnete Vernunft existiert, ein die Welt ordnendes Prinzip, eine metaphysische oder kosmologische Vernunft, hat gerade angesichts der aktuellen globalen Machtverschiebungen und neuen friedenspolitischen Herausforderungen auf den ersten Blick einen gewissen Reiz. Auch der amtierende Außenminister Frank Walter Steinmeier nimmt Bezug darauf in seinen Reden zur Auswärtigen Kulturpolitik. Bei einer Konferenz des Goethe-Instituts im Februar 2015 legte er die Herausforderungen dar, die aus einer sich wandelnden Weltordnung entstehen:⁹

Die wichtigste Herausforderung bleibe die Sicherung von Frieden und die „Sicherung eines Systems, das auf Regeln basiert“. Der Weg dahin könne nur über „Dialog und Austausch, Debatte und Verständigung“ bereitet werden. Die Aufgabe von Diplomaten und Außenpolitik sei es, an neuen Regeln zu arbeiten, aber die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik habe ihre Rolle dabei. Die Bedeutung von Dialog verdeutlichte Steinmeier mit Bezug auf den Lyriker Rajvinder Singh, der fordert, „Wir sollten einander immer zugleich mit den eigenen Augen, mit den Augen des Anderen und aus einer gemeinsamen Perspektive betrachten.“ Die Fähigkeit des Sichhineinversetzens in die Position des anderen oder auch in andere Kulturen, ist in der Tat sehr wichtig und eine zentrale Voraussetzung dafür, dass man überhaupt an einer Verbesserung der Welt, an der Erstellung von Regeln und Übereinkünften arbeiten kann. „Nur wenn wir wissen und würdigen, welche Träume – und Traumata! – das Denken und Fühlen des anderen bestimmen, welche historischen Narrative aktuelle Antworten mit beeinflussen, nur dann erlernen wir den fremden Blick – und oft auch erst dadurch einen sicheren eigenen“, so Steinmeier. Es gelte, in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik noch stärker als bisher den gemeinsamen Blick möglich zu machen und eine Kulturpolitik zu gestalten, „die Kooperation ermöglicht und die die gemeinsame Arbeit an der Weltvernunft, die Koproduktion von Bildung, Wissen und Kultur zu ihrem Schwerpunkt macht und dadurch auch die Trennung von innen und außen zu überwinden hilft“.

„Weltvernunft“ ist insofern ein faszinierender Begriff, weil er Hoffnung macht, visionär und optimistisch klingt. Aber es stellt sich die Frage, ob das Konzept nicht ein wenig zu hoch aufgehängt ist und nicht in sich auch schon wieder die Gefahr der Überheblichkeit birgt. Überdies sollten wir den Einfluss von Kulturpolitik auch nicht überschätzen bzw. die Erwartungen an die Wirkungen kultureller Initiativen nicht überhöhen. Kulturproduktion allein kann nicht die Übermacht ethno-nationalistischer Parteien und Überzeugungen aufbrechen, korrupte Herrschaftsverhältnisse umwälzen und eine tolerante Gesellschaft schaffen in Ländern und Regionen, in denen die Politik kontinuierlich auf ethnopolitische, kulturelle oder religiöse Polarisierung drängt. Sie kann allerdings wertvolle Nischen bilden, in denen alternative Diskurse möglich sind, und damit Menschen Hoffnung geben und sie darin bestärken, „die Allmacht des ethnozentrischen Autismus“ zu relativieren und andere Vorstellungen von Zugehörigkeit, Tradition, Geschichte und Identitäten dagegengesetzen.¹⁰

Kulturelle Initiativen für sich genommen haben nicht die Kraft zur Beilegung tief verwurzelter Konflikte oder zur Aussöhnung verfeindeter Gesellschaften. Sie können aber als ein Element in einem Bündel von entwicklungs- und friedenspolitischen Maßnahmen wichtige Impulse setzen und sie können, sofern ein politischer Wille für Verständigung gegeben ist, die Heilung von traumatischen Erfahrungen, Vertrauensbildung und Aussöhnung in kriegszerstörten Gemeinwesen unterstützen und eine von demokratischer Partizipation, Pluralismus und Toleranz geprägte Gesellschaft fördern.

Vielleicht wäre es passender, anstelle einer abstrakten Weltvernunft auf eine „Weltinnenpolitik“ hinzuwirken, die sich auf verbindliche politische Regeln und Rechtsprinzipien stützt, und die Bereitschaft zum „globalen Lernen“ in den Vordergrund zu rücken. Ich meine, wir wären in der Pflicht, das einst von Außenmi-

⁹ http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2015/150223-BM_Konf_GI.html

¹⁰ Ivan Lovrenovic, Bosnien und Herzegowina. Eine Kulturgeschichte. Wien-Bozen 1998: Folio, S. 202f.

nister Fischer formulierte Ziel, „globale Lerngemeinschaften“ des Dialogs und wechselseitigen Austausches zu schaffen, endlich wirklich zu einem ernstzunehmenden Leitmotiv für die zukünftige Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik zu machen. Es kann doch nicht nur oder in erster Linie darum gehen, in anderen Weltregionen das „Verständnis für westliche Normen und Werte“ zu verankern, sondern es muss auch hierzulande stärker in Bildung und Kulturinitiativen investiert werden, die das Wissen über und den Respekt für andere Kulturen erhöhen. Zudem wäre es wichtig anzuerkennen, dass im globalen Süden und Osten Kulturarbeiterinnen, Konfliktmediatoren und Friedenspädagoginnen beheimatet sind, die über ein großes Wissen und reichhaltige Erfahrung verfügen und durchaus der Politik, die hierzulande konzipiert wird, beratend und bereichernd zur Seite stehen könnten. Ich sehe nur bislang immer noch sehr wenige von diesen Experten auf den Podien und Konferenzbühnen – im Parlament, in den Ministerien und Thinktanks – in Berlin. Das sollte sich ändern und daran sollten wir arbeiten.

Dr. Martina Fischer ist seit den 1980er-Jahren in der Friedens- und Konfliktforschung engagiert. Seit 1998 ist sie an der *Berghof Foundation* in Berlin tätig und hat dort u. a. zu den Themen Friedenskonsolidierung und Aufbau von Zivilgesellschaft in Nachkriegsregionen, Konflikttransformation, Transitional Justice und Reconciliation publiziert; seit April 2016 unterstützt sie das Referat Menschenrechte und Frieden bei der evangelischen Hilfsorganisation *Brot für die Welt* als Beraterin auf Zeit.